

# Dialog statt Politik: Der Runde Tisch

Als der zentrale Runde Tisch am 7. Dezember '89 in Berlin seine Arbeit aufnahm, hatten sich die Rahmenbedingungen für seine Tätigkeit entschieden gewandelt. Die kurze Atempause Mitte November war vorbei. Die Befürworter der „Deutschland-einig-Vaterland“-Losung auf den Kundgebungen wurden nun zahlreicher und bestimmten zunehmend ihr Erscheinungsbild. Die SED zerfiel und mit ihr die Staatsdisziplin. Die „Rette-sich-wer-kann“-Stimmung der Staatsapparate verstärkte sich mit den zunehmenden Enthüllungen über die Machenschaften der alten Führung. Die Volkskammer hatte den Führungsanspruch der SED eilig aus der Verfassung gestrichen. Am 3. Dezember trat das SED-Politbüro ab. Die darauffolgenden Besetzungen der MfS-Bezirksverwaltungen und die Bildung der Bürgerkomitees hatten das staatliche Gewaltmonopol beschädigt.

Ein Generalstreik-Aufruf des *Neuen Forums* Karl-Marx-Stadt vom 1. Dezember traf selbst in der Opposition nur auf pauschale Kritik. Die Forderungen, deren Nichterfüllung mit einem zweistündigen Generalstreik am 6. Dezember beantwortet werden sollte, wurden nicht thematisiert. Sogar im erstmals tagenden Sprecherrat des *Neuen Forums* begegnete man dem Vorstoß mit verantwortungsgeladener Bedenkllichkeit. Gleichzeitig lud Westberlins Regierender Bürgermeister Momper einige Vertreter der DDR-Opposition zum Gespräch über die Möglichkeiten ein, die Macht in der DDR zu übernehmen. Auch wenn dieses Gespräch ergebnislos blieb, so begannen sich nun einige der Oppositionsgruppen deutlich anders zu profilieren. Die *SDP* stellte am 3. Dezember in einem Flugblatt nun ihr Bekenntnis zur deutschen Nation heraus, erklärte sich aber gleichzeitig gegen einen Anschluss an die BRD.

In dieser Situation sollte der Runde Tisch als Dialogpartner der Blockparteien und zugleich als Kontrollorgan der Regierung wirken, obwohl die so „kontrollierten“ selbst mit am Tisch saßen und keine Kompetenzen abzugeben bereit waren. Gleichzeitig ergaben sich viele Gelegenheiten zur Profilierung sowohl der Oppositionsgruppen wie der Blockparteien. Nichts allerdings kennzeichnet den Runde Tisch deutlicher als die Tatsache, dass er das Verhältnis zum ersten deutschen Staat aus eigenem Antrieb nicht zum Thema machte.

Die Forderungen des Generalstreikaufrufs aus dem *Neuen Forum* Karl-Marx-Stadt:

1. Massive Reduzierung des Parteiapparates
2. Abschaffung der Kampfgruppen und drastische Reduzierung des Inlandsanteils des Amtes für Nationale Sicherheit sowie Rückgabe der entsprechenden Objekte
3. Einleitung sofortiger konkreter Maßnahmen zur Einführung der sozialen Marktwirtschaft
4. Herauslösung aller Parteien aus den Betrieben
5. Trennung von Partei und Regierung
6. Offenlegung des Parteivermögens, auch an Immobilien, durch alle Parteien und Rückgabe an das Volk
7. Anklage und Bestrafung wegen Korruption und Amtsmissbrauch auf allen Ebenen.



Erster Runde Tisch am 7. Dezember '89 im Bonhoeffer-Haus Berlin



Protestaktion vor dem Bonhoeffer-Haus in Berlin für die Teilnahme des Unabhängigen Frauenverbandes am 1. Runde Tisch am 7. Dezember '89